

Gabriele Winker

Fokus Bürgerin

Zur genderbewussten Gestaltung öffentlicher Räume in kommunalen E-Government-Portalen

Verpasste Chancen

Heutzutage gibt es kaum mehr eine Gemeinde oder Stadt in Deutschland, die nicht Projekte im Bereich des Electronic Government realisiert. Da E-Government sowohl das Alltagshandeln der Verwaltung als auch das politische Agieren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene durchdringt, richten sich große Hoffnungen auf E-Government-Prozesse. Durch bessere Erreichbarkeit wird ein neues Verhältnis zwischen den Behörden und den Bürgern bzw. Bürgerinnen erwartet,¹ die künftig über Partizipation und Kontrollen stärker in staatliche Entscheidungsprozesse eingebunden würden.² Demokratische und soziale Innovationen könnten durch E-Government entwickelt und unterstützt werden.³ Euphorisch verspricht man sich von den Informations- und Kommunikationstechnologien die Entwicklung eines neuen öffentlichen Raums, in dem sich Demokratie auf direktere Weise konstituieren kann.⁴

So viel versprechend sich diese Demokratisierungspotenziale auch anhören, so genau muss gefragt werden, wie die derzeitigen E-Government-Prozesse diesen Erwartungen gerecht werden und wie sich dieses Potenzial in kommunalen Internet-Plattformen niederschlägt. Dabei gilt es zu prüfen, für welche Zielgruppen elektronische Angebote gemacht werden, die zu mehr Transparenz und Partizipation beitragen können. Werden Bürgerinnen in gleichem Maße angesprochen wie Bürger? Haben E-Government-Portale auch Mädchen, erwerbslose Frauen, Migrantinnen, Lesben oder Alleinerziehende im Blick?

Die Bilanz ist insgesamt ernüchternd. Nach einigen Jahren teilweise intensiver staatlicher Förderung sind E-Government-Projekte noch weit entfernt von den erwarteten Veränderungen und Zukunftsvisionen. Auf den elektronischen Webportalen stehen Informationsangebote im Vordergrund, die sich auf die Bereiche Verwaltung, Wirtschaft und Tourismus beziehen. Transaktionen gibt es erst in Ansätzen und oft sind darüber nur selten benötigte Verwaltungsakte abzuwickeln. Die dringendsten Probleme, die es online zu lösen gilt, scheinen bei der KFZ-Zulassung und der Reservierung eines KFZ-Wunschkennzeichens zu liegen. Dagegen sind die vielfältigen kommunalen Initiativen, Betreuungs- und Beratungseinrichtungen noch viel zu selten in die Website einer Stadt oder Gemeinde umfassend und technisch hochwertig integriert. Auch lassen sich kaum lebendige Online-Foren zu aktuellen Themen oder Online-Umfragen über kommunale Sachverhalte finden. Innerhalb der E-Government-Portale werden keine Räume entwickelt, in denen soziale Be-

wegungen ihre politischen Zielrichtungen benennen und diskutieren können. Die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen bleiben unterentwickelt.

Während die informationstechnisch gestützte Abwicklung von Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen (E-Administration) zumindest in einigen Feldern erste Erfolge zeigt, gibt es kaum Fortschritte im Bereich der E-Democracy.⁵ Die Bereitstellung digitaler Informationen, mit denen Bürger und Bürgerinnen einen Einblick in (verwaltungs-)politische Prozesse gewinnen können, sowie digitale Interaktionsmöglichkeiten, über die Bürger und Bürgerinnen auf die Entscheidungen öffentlicher Institutionen Einfluss nehmen können, stecken noch in den Anfängen. So kommen auch verschiedene Studien übereinstimmend zum Ergebnis, dass die deutschen Kommunen im Bereich elektronischer Demokratie durchschnittlich ein deutlich schlechteres Angebot aufweisen als im Bereich elektronischer Verwaltung.⁶ Damit kommt gerade der innovative Gehalt des neuen Mediums, nämlich die Unterstützung bi- bzw. multilateraler Interaktionen zwischen Politik, Verwaltung und unterschiedlichsten Bürgergruppen, kaum zum Tragen. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen des (N)Onliner Atlas 2002 wider. Danach fehlen den Nutzern und Nutzerinnen nicht nur zufrieden stellende E-Government-Angebote, sondern auch interaktive Services wie zum Beispiel Diskussionsforen.⁷

Warum aber sind die interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen so schwach ausgeprägt? Zunächst wird diese Situation als Ausdruck der vorherrschenden Priorisierung des Ziels „Kunden- und Dienstleistungsorientierung“ gegenüber dem Ziel der „Förderung demokratischer Teilhabe“ gewertet.⁸ Im Vordergrund des verwaltungsinternen Interesses stehen Verwaltungsmodernisierung, Effektivitätssteigerung und Rationalisierung. Die Nutzer von Dienstleistungen werden als Konsumenten gesehen. Der ökonomische Sektor gilt als Leitbild.⁹ Oft wird nur noch das weiterentwickelt, was sich betriebswirtschaftlich rechnet. Übrig bleiben dann E-Government-Prozesse als Informations-Einbahnstraßen von den staatlichen Organen und den öffentlichen Verwaltungen hin zu einem abstrakten Nutzer, der weder nach Alter, Geschlecht, Ethnie noch nach sozialem Milieu differenziert wird.

Und damit ist ein zweiter wichtiger Grund für das Nicht-Gelingen verstärkter demokratischer Teilhabe angesprochen. Es fehlen zielgruppenspezifische Angebote, die wirklich differenziert den Interessen und Belangen von Frauen und Männern in unterschiedlichsten Lebenslagen gerecht werden. Stattdessen wird ganz allgemein auf Bürger- und Serviceorientierung verwiesen. Damit wird ignoriert, dass die Partizipationsmöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen am politischen System verschieden stark ausgeprägt sind und sie vom konkreten Verwaltungshandeln unterschiedlich betroffen sind. Je nach sozialer und ethnischer Herkunft, je nach Einkommens- und Bildungsressourcen, ja nach konkreter Lebenslage stellen Bürger und Bürgerinnen an Politik und Verwaltung unterschiedliche Anforderungen und sind gleichzeitig auch unterschiedlich stark in politische Prozesse integriert. Dabei spielt auch das Geschlecht eine wichtige Rolle. Einerseits sind viele Frauen wegen ihrer Verantwortung für ihre Familien stark auf öffentliche Dienstleistungen, insbesondere in den Kommunen angewiesen, und andererseits sind sie im politischen System unterrepräsentiert und kaum an der Spitze von öffentlichen Verwaltungen in Ämtern mit Entscheidungsbefugnis zu finden.

Selbstverständlich gehen die unterschiedlichsten Interessen und Lebenssituationen der Bürger und Bürgerinnen auch mit sozialer Ungleichheit einher. Dies wird in den euphorischen Visionen übersehen, die das – oft mit dem von Habermas¹⁰

entwickelten Modell der herrschaftsfreien Kommunikation in Verbindung gebrachte – Ziel einer idealen Öffentlichkeit verfolgen. Diese von Habermas vertretene Idee eines einheitlichen diskursiven Raumes, in dem Bürger und Bürgerinnen gleichberechtigt über ihre gemeinsamen Angelegenheiten beraten und politische Mitbestimmung durch das Medium des Gesprächs realisieren, ist in der Vergangenheit immer wieder kritisiert worden.¹¹ Dabei wird zwar positiv an der Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe angeknüpft, gleichzeitig aber auf die einschränkenden Faktoren verwiesen.

So kritisiert die feministische Demokratietheoretikerin Fraser die Ausklammerung sozialer Ungleichheit bei Habermas und verweist darauf, dass es unter heutigen Bedingungen zur Ausprägung von hegemonialen oder dominanten Öffentlichkeiten einerseits und vielen begrenzten oder subalternen Öffentlichkeiten andererseits kommt.¹² Daran anschließend darf das demokratische Potenzial des Internets nicht aus einer einheitlichen und damit einer hegemonialen Sicht betrachtet werden, sondern muss die Existenz unterschiedlicher Gruppen mit ihren konkurrierenden Teilöffentlichkeiten beachten. Auf einem solchen theoretischen Hintergrund kann eine Analyse von derzeitigen E-Government-Projekten die demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten differenziert bestimmen.

Internetportale von Städten und Gemeinden können dann zur diskursiven Partizipation beitragen, wenn ein öffentlicher Raum gefördert wird, der mit vielfältigen Informationen für unterschiedlichste Lebenslagen zur gesellschaftlichen Transparenz beiträgt und auf dieser Voraussetzung über vielfältige Interaktionsmöglichkeiten demokratische Teilhabe ermöglicht. Wie wenig dieser Anspruch derzeit eingelöst wird, möchte ich im Folgenden am Beispiel der Frauen- und Gleichstellungspolitik verdeutlichen, um daran anschließend auf Handlungsmöglichkeiten zu verweisen.

Geschlechtsblinde Realität

Die fehlende Berücksichtigung von Zielgruppen schlägt sich in E-Government-Portalen insofern deutlich nieder, als viele Themen, die sich auf die Belange von Frauen beziehen oder auf Interessen und Lebenssituationen, die in unserer Gesellschaft weiblich konnotiert sind, bisher nicht integriert sind. An anderer Stelle wurde von der Autorin bereits darauf verwiesen, dass die virtuelle Abbildung der dort untersuchten bundesdeutschen Landeshauptstädte in Bezug auf unterschiedliche Alltagsbelange, die für Frauen interessant sein können, noch weitaus schlechter ist als die städtische Realität, die bei der Unterstützung von Frauen zugeordneten Tätigkeiten ebenfalls noch viel zu wünschen übrig lässt.¹³ Deutsche Landeshauptstädte sind weit davon entfernt, mit ihren elektronischen Stadtinformationssystemen Frauen ein Angebot zur Verfügung zu stellen, das zur Zeitersparnis und Arbeitserleichterung führen kann und die vorhandenen Angebote von und für Frauen im öffentlichen Raum eines gut zugänglichen Portals präsent werden lässt.

Das bedeutet gleichzeitig auch, dass mit E-Government bisher keine neuen Ansätze zu einer Gleichstellung von Frauen und Männern verfolgt werden, sondern Frauenbelange der unterschiedlichsten Art, die nicht zur hegemonialen Öffentlichkeit gehören, weiterhin ausgegrenzt oder nur mit marginaler Priorität verfolgt wer-

den. Und dies wird sich auch in Zukunft ohne frauenpolitisches Handeln nicht ändern. So ist in den konzeptionellen Grundlagen von E-Government-Projekten weder das alte Programm der Frauenförderung aus den 1980er-Jahren, noch die in den 1990er-Jahren maßgebliche Gleichstellungspolitik, noch die neue Strategie des Gender Mainstreaming zu finden. Und dies, obwohl beinahe zeitgleich mit dem Entstehen von E-Government-Projekten Gender Mainstreaming offizielle Regierungspolitik wurde.¹⁴

Gender Mainstreaming als Strategie wird als Auftrag an Politik und Verwaltung sowie an die dort Beschäftigten verstanden, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben, also auch bei der Realisierung von E-Government-Prozessen, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vorneherein wahrzunehmen und regelmäßig zu berücksichtigen. Gerade im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung, so der Grundgedanke von Gender Mainstreaming, gilt es den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern einzunehmen und politische Entscheidungen im Vorfeld aus der Genderperspektive auf ihre mutmaßlichen Auswirkungen hin zu überprüfen, geschlechtsspezifische Disparitäten beim Mitteleinsatz zu vermeiden und Geschlechterungleichheiten abzubauen. Gender Mainstreaming ist als Top-Down-Ansatz angelegt. Deswegen müsste das Prinzip des Gender Mainstreaming auch in den Leitbildern, Strategien und Zielvorgaben von E-Government-Projekten aufgenommen sein. Wie aber sieht die Realität aus?

Auch wenn es verschiedenste E-Government-Handbücher und -Leitlinien gibt, findet sich in diesen Konzepten bisher keine Erwähnung von Gender Mainstreaming und auch keine Erwähnung einer Zielsetzung, die einen Beitrag zur Chancengleichheit von Frauen und Männern leistet. Bis zur Fertigstellung dieses Artikels Anfang August 2003 enthält auch die vom Bundeswirtschaftsministerium mit über 30 Mio. Euro breit geförderte Media@Komm-Initiative auf ihrer Homepage (www.mediakomm.net), auf der Konzepte, Arbeitsergebnisse etc. gesammelt werden, noch keinerlei Hinweise auf Frauen- oder Genderfragen. Damit ist diese Initiative allerdings in guter Gesellschaft. Das E-Government-Handbuch des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, das die Bundesinitiative BundOnline 2005 betreut, hält es ebenfalls nicht für notwendig, auf Genderaspekte und Fragen der Chancengleichheit einzugehen.¹⁵ Auch die allermeisten wissenschaftlichen Untersuchungen – wie zum Beispiel eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanzierte Studie zum E-Government in den Bundesländern¹⁶ oder die von Media@Komm geförderte Studie zu den Profilen des virtuellen Rathauses in über 20 Städten¹⁷ – benennen keine Genderfragen. In einem Bericht über das virtuelle Rathaus der Stadt Hagen, das sich selbst als herausragendes und in vieler Hinsicht einzigartiges Beispiel benennt und das angeblich einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt, tauchen Bürgerinnen noch nicht einmal in der Sprache auf.¹⁸

Die Nicht-Benennung der Genderfragen bedeutet gleichzeitig, dass in E-Government-Projekten in aller Regel auch keine Gelder für eine gendersensitive Gestaltung von kommunalen Internetportalen bereitgestellt werden. So stehen in der Media@Komm-Initiative, immerhin einem Leitprojekt der Bundesregierung, keinerlei finanzielle Ressourcen zur Verfügung, um Konzeptionen für ein genderbewusstes E-Government zu entwickeln bzw. durch die Realisierung von Best-Practice-Beispielen in kommunalen Internetportalen zur Unterstützung von Gleichstellung von Frauen und Männern beizutragen. Dementsprechend sind auch die praktisch umge-

setzten Transaktionen allzu oft am Bild des männlichen KFZ-Liebhabers oder Bauherrn orientiert.

Zusätzlich fällt auf, dass auch die verwaltungsinternen geschlechtshierarchischen Konsequenzen von E-Government nicht bedacht werden. In den öffentlichen Verwaltungen entstehen im Zusammenhang mit E-Government neue Arbeitszuschnitte, die inhaltlich herausfordernd sind und oft auch mit Aufstiegsmöglichkeiten zusammenhängen. Zwar gibt es Aufstellungen zu diesen neu geschaffenen Stellen, die allerdings nicht geschlechterbezogen aufgeschlüsselt werden.¹⁹ So lässt sich nur aus den Erfahrungen vorgängiger Technik-Einführungsprozesse in den öffentlichen Verwaltungen schließen, dass vermutlich wiederum die technisch orientierten und mit Entscheidungsbefugnissen zusammenhängenden Aufgaben in E-Government-Projekten primär Männern zugeordnet werden.²⁰ Auch dies wird nicht reflektiert.

So lässt sich festhalten, dass ein Zusammendenken von E-Government mit gleichstellungspolitischen Fragen in der bundesdeutschen Regierungs- und Verwaltungsrealität nicht verankert ist. Gender Mainstreaming ist ohne Wirkung. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass mit dieser Strategie Verwaltungsangestellte und technische Fachkräfte Geschlechterpolitik realisieren sollen, „denen weder die Geschlechterdimension ihres Verhaltens bewusst, noch die wissenschaftliche Perspektive der Frauen- und Geschlechterforschung vertraut ist.“²¹ Auch wenn wir – ähnlich wie zum Beispiel in Bildungsbereichen – auch in E-Government-Prozessen noch auf rhetorische Modernisierung²² hoffen können, wird die Gleichstellungspolitik weiterhin von engagierten Frauen und wenigen engagierten Männern entwickelt und durchgesetzt werden müssen. Im Folgenden sollen deswegen Handlungsvorschläge entwickelt und an Best-Practice-Beispielen konkretisiert werden, die diesem Ziel gerecht werden.

Gestaltung von E-Government-Portalen aus Genderperspektiven

Wie also kann eine Gestaltungspolitik aussehen, die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ernst nimmt? Dabei kann es in Zukunft nicht darum gehen, weiter von Demokratisierungsprozessen zu träumen, sondern es müssen konkrete Voraussetzungen für eine verstärkte öffentliche Teilhabe von Bürgern und Bürgerinnen geschaffen werden. Grundlage dafür ist, dass bei der Gestaltung von E-Government-Projekten und den entsprechenden Internetportalen der Kommunen die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Bürgern und eben auch von Bürgerinnen überhaupt wahrgenommen und tatsächlich einbezogen werden.

Ansatzpunkte dafür sehe ich in den zahlreichen Fraueninitiativen, die sich eigenständig im Internet bereits einen Raum geschaffen haben. Sie haben in der Begrifflichkeit von Fraser subalterne Gegenöffentlichkeiten aufgebaut.²³ Und diese Gegenöffentlichkeiten sind oft als Reaktion auf Ausschlussmechanismen in den dominanten Öffentlichkeiten entstanden. So gibt es zum Beispiel inzwischen fünf inhaltlich interessante Frauen-Landesportale in Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Diese Strategie, eigene Öffentlichkeiten aufzubauen, entspricht auch den Möglichkeiten des neuen digitalen

Mediums, da sich auch einzelne kleine Fraueninitiativen relativ einfach im Internet präsentieren können. Der Vorteil dieser digitalen Frauennetze ist es, dass Frauen dort eigene Kommunikations- und Interaktionsräume finden, sich in diesen Räumen ohne störende Einflüsse von außen verständigen und gesellschaftspolitische Aktivitäten planen können.

Allerdings bilden diese Frauen-Webseiten im großen Raum des Cyberspace oft nur „Punkte“, die kaum auffindbar sind. Sie werden dadurch oft ungewollt zu Enklaven. Dies lässt sich einerseits über Vernetzung bzw. Verlinkung dieser Punkte, durch Bildung von „Nachbarschaften“ in Ansätzen aufbrechen. Andererseits ist es aber wichtig, dass sich diese Gegenöffentlichkeiten in zentrale, dominante Öffentlichkeiten wie die kommunalen Internetportale hineinbewegen. So ist eine subalterne Gegenöffentlichkeit auch immer ein „Übungsfeld einer Umgestaltung, die auf eine breitere Öffentlichkeit zielt.“²⁴

Unter den Bedingungen des Internets möchte ich diese Argumentation zuspitzen und für eine Dialektik von Eigenständigkeit und Integration plädieren. Einerseits ist es auch für Städte und Gemeinden sinnvoll und wichtig, dass sich soziale Bewegungen im Internet eigene Räume schaffen. Welchen Qualitätsbedingungen diese Websites entsprechen sollten, um die Chancen des neuen Mediums zu nutzen, wird gerade in einem Forschungsprojekt der Autorin zum Thema „E-Empowerment – die Nutzung des Internet in frauenpolitischen Netzwerken“ umfassend untersucht und an anderer Stelle veröffentlicht.²⁵ Andererseits gilt es, die Informationen und Diskurse, die in diesen eigenständigen Websites realisiert werden, auch in eine breitere Öffentlichkeit, die zentralen kommunalen Internetportale hineinzutragen. Welches erste Schritte in Richtung Integration unterschiedlichster Interessen aus Frauensichten in die Stadtportale sein können, möchte ich im Folgenden exemplarisch verdeutlichen. Ziel dabei ist es, öffentliche Räume wie die kommunalen Internetportale in einer Art zu gestalten, dass sie nicht zu weiterem Ausschluss von Gruppen, sondern zur Beseitigung sozialer Ungleichheit und Diskriminierung über Demokratisierungsprozesse beitragen. Es lassen sich unter Genderperspektiven folgende Zielsetzungen für die Realisierung von E-Government-Projekten formulieren:

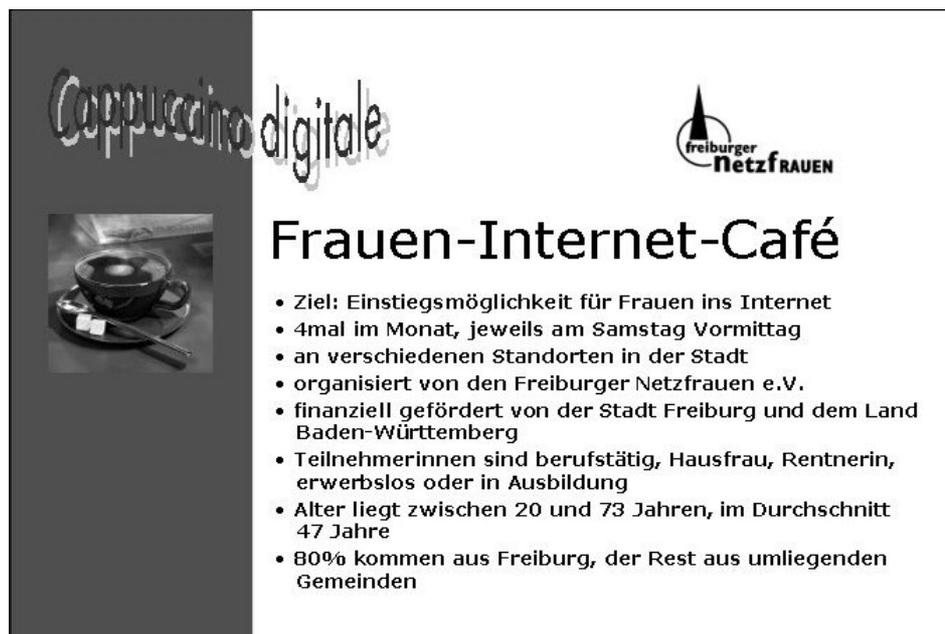
- Lokale Unterstützung des Internet-Zugangs für alle Bürger und Bürgerinnen
- Integration bestehender Fraueninitiativen in das E-Government-Portal
- Realisierung von Informations- und Interaktionsmöglichkeiten zu Alltagsthemen
- Implementierung von zielgruppenspezifischen Suchfunktionalitäten
- Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen in den Gestaltungsprozess

Lokale Unterstützung des Internet-Zugangs für alle Bürger und Bürgerinnen

Um überhaupt eine Grundlage für Demokratisierungsprozesse zu schaffen, muss die Zugänglichkeit zu öffentlichen Räumen im Internet gewährleistet sein. Dieser allgemeine Zugang ist in Deutschland mit gerade einmal der Hälfte aller Bürger und Bürgerinnen ab 14 Jahren, die das Internet nutzen, sicherlich nicht gegeben. Nach wie vor sind auch deutlich weniger Frauen als Männer im Internet aktiv. So zeigen die neuesten Umfragewerte des (N)Onliner-Atlas, dass zwar 58,8 Prozent aller Männer in Deutschland das Internet nutzen, aber gleichzeitig nur 42,1 Prozent

aller Frauen.²⁶ Damit wächst zurzeit der Onliner-Anteil bei den Männern stärker als bei den Frauen und die Diskrepanz zwischen den Geschlechtern hat – anders als erwartet – in den letzten Jahren nicht abgenommen.²⁷ Zwar sind bei den unter 20-Jährigen die Nutzungsanteile beinahe ausgeglichen und liegen bei den jungen Frauen und Männern auf einem hohen Niveau von um die 80 Prozent, doch bereits bei den 20- bis 29-Jährigen beginnt sich die Kluft zwischen den Geschlechtern zu öffnen, die mit steigendem Alter zunimmt.

Allerdings sind all diese Zahlen und viele weitere Daten mit sehr viel Vorsicht zu interpretieren. Es fehlen differenzierte Erhebungen zum Nutzungsverhalten, bei denen nicht nur ganz allgemein und unspezifisch die Nutzungszahlen von Frauen und Männern unterschieden werden, sondern die Unterschiede auf die konkreten Lebenssituationen bezogen werden. Ein erster Ansatz in diese Richtung ist mit der Sondererhebung Gender Mainstreaming des (N)Onliner Atlas 2002 erfolgt.²⁸ Daraus lässt sich ableiten, dass es vor allem die Nicht-Berufstätigen sind, die keinen Zugang zum Internet haben.²⁹ Darunter fallen sowohl Hausfrauen (sowie die wenigen Hausmänner) als auch Rentner und Rentnerinnen. In einer Studie des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen wird deutlich, dass im Haushalt von Alleinerziehenden, die bekanntlich auch in ihrer Mehrzahl weiblich sind, durchschnittlich zehn Prozent weniger PC-Besitz und Internetanschluss vorhanden sind als in den vergleichbaren Haushalten mit zwei Elternteilen.³⁰



The flyer is divided into two main sections. On the left, there is a dark vertical bar with the text 'Cappuccino digitale' in a stylized, white, handwritten font. Below this text is a small, square photograph of a cup of coffee on a saucer with a spoon. On the right side, the text 'Freiburger NetzfRAUEN' is displayed in a circular logo. Below the logo, the title 'Frauen-Internet-Café' is written in a large, bold, black font. Underneath the title is a bulleted list of information in German.

Freiburger NetzfRAUEN

Frauen-Internet-Café

- Ziel: Einstiegsmöglichkeit für Frauen ins Internet
- 4mal im Monat, jeweils am Samstag Vormittag
- an verschiedenen Standorten in der Stadt
- organisiert von den Freiburger Netzfrauen e.V.
- finanziell gefördert von der Stadt Freiburg und dem Land Baden-Württemberg
- Teilnehmerinnen sind berufstätig, Hausfrau, Rentnerin, erwerbslos oder in Ausbildung
- Alter liegt zwischen 20 und 73 Jahren, im Durchschnitt 47 Jahre
- 80% kommen aus Freiburg, der Rest aus umliegenden Gemeinden

Abb. 1: Informationen zum Cappuccino digitale, dem Freiburger Frauen-Internet-Café

Hier ist ein aktives Handeln sowohl des Bundes und der Länder als auch der kommunalen Ebene gefragt. Es gilt an verschiedenen Orten in den Kommunen öffentliche Zugangsmöglichkeiten zum Internet und ein auf das Klientel zugeschnittenes

Beratungsangebot bereitzustellen. Städte und Gemeinden können sich nicht auf der erfolgreichen Initiative „Frauen ans Netz“ ausruhen, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit anderen Aktionspartnern gefördert wird.³¹ Sie müssen zielgruppenspezifisch eigene Angebote entwickeln, in denen auch unter Hilfestellung von Fachpersonen erste Schritte im Netz ausprobiert werden können. Dabei gilt es die vorhandenen Zugangs- und Nutzungsstudien ernst zu nehmen und gesonderte Angebote für spezifische Zielgruppen umzusetzen. In Freiburg hat sich ein von Stadt und Land gemeinsam gefördertes Frauen-Internet-Café bewährt, das vom Verein „Freiburger Netzfrauen“ und vielen weiteren Ehrenamtlichen organisiert und unterstützt wird (www.freiburger-netzfrauen.de/cappuccino_digitale/index.htm).

Neben verstärkten kommunalen Zugangsmöglichkeiten für Frauen vor Ort ist es auch wichtig, sich mit den Gründen für die zögerliche Nutzung des Internets durch Frauen in bestimmten Lebenssituationen zu beschäftigen. Aus Studien, die nicht nach Geschlecht differenzieren, ist bekannt, dass der primäre Grund für die Nicht-Nutzung das fehlende Interesse ist; dahinter liegen die zu hohen Anschaffungs- und Zugangskosten. Es scheint so, dass die Mehrzahl der „Internetmuffel“ das Internet mit seinen Diensten schlicht nicht brauchen. So geben knapp die Hälfte aller Haushalte ohne private Internetnutzung an, das Internet sei für ihren Haushalt nicht nützlich.³² Es fehlen Angebote, gerade auch im öffentlichen Bereich, die einzelnen Personen qualitativ hochwertige Informationen zur Verfügung stellen bzw. über Transaktionen Zeiteinsparungen und Arbeitserleichterungen ermöglichen. Auf die Ausdehnung des inhaltlichen Angebotes verweisen die nächsten Handlungsvorschläge.

Integration bestehender Fraueninitiativen in das E-Government-Portal

Ein erster Schritt zu einem genderbewussten öffentlichen Internet-Portal ist die Integration all jener Institutionen und Organisationen, die sich mit Frauen- und Gleichstellungspolitik beschäftigen. Die Stadt Pforzheim hat in einer im Auftrag der Initiative D21 durchgeführten E-Town Studie, mit der die E-Government-Angebote der deutschen Großstädte verglichen werden, eine Auszeichnung für den Bereich „spezifische Angebote für Frauen/Fraueninitiativen“ erhalten.³³ Auf der Internetseite der Stadt Pforzheim (www.pforzheim.de) wird die Leitstelle für die Gleichstellung der Frau nicht versteckt, sondern im „Internet Rathaus“ an markanter Stelle mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten sichtbar gemacht.

The screenshot shows the website for Pforzheim.de. At the top, there is a navigation bar with links: Presse / Aktuelles, Stadtplan, Foren, Kontakt, Impressum, and Index. Below this is a header with the Pforzheim.de logo and the text 'Die Goldstadt. Der Schwarzwald.' A vertical sidebar on the left lists various services: Die Goldstadt, Internet Rathaus (with sub-links: Bürgerservice, Gemeinderat, Verwaltung, Soziales, Gleichstellung der Frau, Standesamt, Planen/Bauen, Umwelt, Abfall), Tourismus, Wirtschaft, Gesundheit, Soziales, Kultur / Bildung, Sport / Freizeit, and Versorgung. The main content area features several sections, each with a female symbol icon: 'Leitstelle zur Gleichstellung der Frau', 'Frauenbüro' (with a description of services and contact info), 'Aktuelles und Pressemeldungen', 'Das war der Girls Day 2003', and 'Angebote für Frauen'. On the right side, there is a box for 'Leitstelle zur Gleichstellung der Frau' containing contact details (Marktplatz 1, 75175 Pforzheim, Neues Rathaus, 6. OG, Zi. 630, phone numbers 07231-39 1297 and 07231-39 1463, email frauenbuero@stadt-pforzheim.de, and opening hours: Mo 8-12, Di 8-12, Mi 8-12, Do 8-12, Fr 8-11). Below this is a box for 'Preis für "Vernetzung von Frauen"' with an image of a certificate.

Abb. 2: Das Internet Rathaus in Pforzheim mit den gut sichtbaren Initiativen und Angeboten der Leitstelle zur Gleichstellung der Frau (www.pforzheim.de/pls/portal30/url/page/INTERNET_RATHAUS/LEITSTELLE_GLEICHSTELLUNG_FRAUEN)

Darüber hinaus besteht die Aufgabe, die zahlreichen ehrenamtlichen und halböffentlichen Aktivitäten von Frauen im E-Government-Portal sinnvoll abzubilden. Denn Fraueninitiativen übernehmen in den Kommunen vielfältige Beratungs- und Betreuungsarbeiten, schaffen mit ihren Informationen Transparenz und tragen deutlich zur Partizipation von Bürgerinnen und teilweise auch Bürgern bei.

Sicherlich sind auf vielen Websites von Städten und größeren Gemeinden Frauenorganisationen zu finden. Allerdings ist die Qualität ihrer Darstellung sehr unterschiedlich ausgeprägt. Oft wird das interaktive Medium überhaupt nicht genutzt. Die Fraueninitiativen werden in ganz gewöhnlichen statischen Dokumenten gespeichert und nicht in Datenbanken, so dass nur eingeschränkte Suchmöglichkeiten bestehen. Damit besteht kaum ein Mehrwert gegenüber den bereits seit Jahren von den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten herausgegebenen städtischen Frauenhandbüchern.

Auch ist der Platz, an dem diese Frauenorganisationen zu finden sind, teilweise sehr kurios gewählt. Im von Media@Komm geförderten Esslingen gehören zum Beispiel „Frauen in Esslingen“ zu den Lebenslagen und stehen in der alphabetischen Aufzählung direkt nach der Lebenslage „Auto“. Dies durchbricht das Konzept, wonach Lebenslagen kurzfristig wirksame Situationen sind, unter denen unterschiedliche Anliegen, die diese Lebenslagen normalerweise hervorbringen, gebündelt werden.

Inhaltlich und frauenpolitisch fatal kommt dazu, dass in Esslingen wie ebenfalls häufig in anderen Städten mit dem gesonderten Frauenbereich Fraueninitiativen aus allen anderen Bereichen ausgeklammert werden. So finden sich in Esslingen zum Beispiel Initiativen von und für Migrantinnen nur unter „Frauen“, allerdings nicht unter „Ausländer“. Mit einem solchen Vorgehen werden Frauenanliegen in eine spezielle Ecke des Portals gestellt, der ganze andere Bereich ist angeblich geschlechtsneutral, offensichtlich aber männlich konnotiert. Das ist ein typisches Beispiel einer begrenzten oder subalternen Öffentlichkeit, die aus der hegemonialen Öffentlichkeit ausgegrenzt wird, damit von der Allgemeinheit kaum wahrgenommen wird und somit geringen Einfluss auf das allgemeine politische Geschehen hat.

Ganz im Gegensatz dazu präsentiert sich die Frauenszene in Münster, die dafür in der oben genannten E-Town-Studie neben Pforzheim und Heidelberg ebenfalls für den Bereich „spezifische Angebote für Frauen/Fraueninitiativen“ prämiert wurde.³⁴ In Münster ist der Verein „Frauen und neue Medien e.V.“ aktiv, der sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Internetpräsenz von Frauen zu verbessern. Mit dem Projekt „Münsters Frauen Online“ (www.frauen.muenster.org) werden alle Münsteraner Frauenorganisationen und -gruppen eingeladen, sich im Stadtnetz zu präsentieren. Jede Frauenorganisation, die es wünscht, kann sich mit ihren Zielen, Aktivitäten, Ansprechpartnerinnen usw. darstellen. Sie ist damit in der unten abgebildeten, nach Sachgruppen gegliederten Münsteraner „Frauenlandschaft“ präsent. Gleichzeitig – und das ist der entscheidende Fortschritt – sind die Organisationen mit ihren Homepages voll im alphabetischen Register des Stadtnetzes integriert und können etwa über Suchfunktionen, aber auch über einzelne Kategorien gefunden werden. Das ist ein schönes Beispiel für die oben von mir eingeforderte Dialektik von Eigenständigkeit und Integration.



Abb. 3: Frauenportal der Stadt Münster: Strukturierte Darstellung von Fraueninitiativen mit gleichzeitiger Integration in das Stadtportal Münster (www.frauen.muenster.org)

Realisierung von Informations- und Interaktionsmöglichkeiten zu Alltagsthemen

Bei der Gestaltung der politischen Öffentlichkeit muss es darum gehen, Belange von Frauen im Internet gleichberechtigt und umfassend zu repräsentieren. Dabei reicht es nicht aus, nur die Fraueninitiativen abzubilden und dafür zu sorgen, dass sie auffindbar sind. Darüber hinaus müssen in öffentlichen Internetportalen hochwertige Informationen, Kommunikations- und Transaktionsmöglichkeiten für Belange realisiert werden, mit denen viele Frauen tagtäglich konfrontiert sind. Gerade der spezifische Frauenalltag ist häufig im Lokalen verankert. Frauen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen sind auf kommunale Betreuungs- und Beratungsangebote angewiesen. Wenn in diesem Bereich Informationen zielgruppenbezogen über Internetportale angeboten werden und neue Interaktionsformen geschaffen werden, kann dies eine zeitliche Entlastung und eine Arbeitserleichterung für die Betroffenen bedeuten. In diesem Sinne müssen Handlungsfelder, für die gerade Frauen viel Zeit benötigen, durch E-Government-Maßnahmen unterstützt werden. Das bedeutet, dass neben Wirtschaft und Freizeit verstärkt Themen wie Gesundheit, Soziales, Kinderbetreuung, Ehrenamt, Weiterbildung zu berücksichtigen sind. Offensichtlich ist, dass die Integration von Alltagsthemen nicht nur Frauen, sondern allen Personen zugute kommen kann, die in unserer Gesellschaft primär Frauen zugeordnete Tätigkeiten wie die Haus- und Sorgearbeit übernehmen und daraus abgeleitete spezifische Informations- und Unterstützungsbedarfe seitens des Staates haben.

Nach wie vor stehen empirische Untersuchungen aus, die sich mit den konkreten Anforderungen unterschiedlichster Bürgerinnen an ein kommunales Internetangebot beschäftigen, das ihre jeweils individuellen Bedürfnisse und Lebenslagen berücksichtigt. Damit fehlt auch eine abgesicherte Grundlage, um E-Government-Portale abschließend nach ihrer Geschlechtersensitivität evaluieren zu können. Dennoch lässt sich heute bereits eine Reihe von Beispielen benennen, die in die richtige Richtung gehen. Exemplarisch möchte ich einige wenige dieser Best-Practice-Beispiele darstellen, die leider meistens nur in einzelnen Kommunen verwirklicht sind.

Ein wichtiges Thema in E-Government-Portalen muss die hochwertige Darstellung von Kinderkrippen, Kindergärten und Horten sein. In den allermeisten Städten und Gemeinden wird nur eine alphabetische Auflistung aller Kinderbetreuungseinrichtungen mit Adressen und Telefonnummern angeboten. Im günstigen Fall können die Einrichtungen noch nach Stadtteilen sortiert werden und wie in Hamburg zusätzlich auch nach Art des Angebots – Alter der Kinder oder Betreuungszeiten.

Einen deutlichen Schritt weiter geht die Stadt Frankfurt (www.frankfurt.de). Dort ist es neben der Stadtteilsuche, der Suche nach Trägerschaft, Art der Betreuungseinrichtung und Betreuungszeiten ebenfalls möglich, nach offenen Plätzen zu suchen. Auch wenn mit dieser Suchmöglichkeit noch lange nicht die wohnortnahe Kleinkindbetreuung möglichst mit Mittagessen gefunden wird, da es sie schlicht nicht gibt, wird über ein solches Tool der jeweilige Status quo für jede Bürgerin und jeden Bürger bezogen auf die eigenen Wünsche schnell erfassbar. Diese Art von Informationsdarstellung schafft öffentliche Transparenz. In der nächsten Stadtratsdiskussion über die Notwendigkeit des Ausbaus von Kindergartenplätzen können auch Beteiligte, Betroffene und Interessierte informiert mitsprechen. Dort las-

sen sich die Ansätze für eine Demokratisierung erahnen, die mit dem neuen Medium verbunden sein können.

Bei vielen sozialen Themen, so auch bei der Kinderbetreuung, ist es wichtig, dass nicht nur staatliche Institutionen aufgenommen werden, sondern auch die zahlreichen halbstaatlichen und ehrenamtlichen Initiativen und Organisationen, die gerade im kommunalen Bereich wichtige Dienstleistungsfunktion wahrnehmen und gleichzeitig auch Orte darstellen, an denen sich gesellschaftliches Engagement von Bürgern und Bürgerinnen bildet.

Abb. 4: Kindertageseinrichtungen in Frankfurt mit der Suchmöglichkeit nach offenen Kinderbetreuungsplätzen
(www.frankfurt.de/sis/Rathaus.php)

Zusätzlich zur Integration von Themen, die mit der Frauen zugeordneten unbezahlten Haus- und Sorgearbeit zu tun haben, muss darauf geachtet werden, dass auch weitere bisher oft als privat behandelte Belange und Probleme wie „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ über kommunale Internetseiten in die Öffentlichkeit gebracht werden. So gilt es bei der Realisierung von Stadtinformationssystemen die Frage zu stellen, an welchem Platz die Nottelefone für Frauen mit Gewalterfahrung in die Website eingestellt werden. Allzu häufig finden sich unter Notlagen an markanter Stelle nur der allgemeine Notruf der Polizei, die Feuerwehr und die ärztlichen Notdienste. In Hannover kann man dagegen gut sehen, wie auf gleicher Ebene zusätzlich das Telefon des Frauenhauses, der Notruf für vergewaltigte Frauen und die Telefonnummer des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und Mädchen aufgeführt werden. Gerade weil das Thema „Gewalt gegen Frauen“ lange Zeit tabuisiert war und teilweise noch ist und sehr schnell in den privaten Bereich abgedrängt wird, ist es wichtig, dieses Thema auch über Informationen an markanter Stelle öffentlich zu machen. Dabei darf man nicht bei Notrufnummern stehen blei-

ben, sondern der nächste Schritt muss sein, Daten und Fakten über das Ausmaß der Gewalt und des Sexismus öffentlich und damit diskutierbar zu machen.

Dass teilweise auch Männer wie in Pforzheim über das Internet angesprochen werden, um gegen Männergewalt aktiv zu werden, ist zu begrüßen. Dass darüber hinaus öffentlich ein „Sozialtraining für gewaltbereite und gewalttätige Männer“ angeboten wird, zeigt, dass das Thema in mancher Kommune bereits die breitere Öffentlichkeit erreicht hat und nicht mehr nur das Privatproblem vieler Frauen bleibt. Aus diesen Ansätzen können andere Städte lernen. Darüber hinaus ist es natürlich auch grundsätzlich sinnvoll, Männergruppen im Stadtportal übersichtlich zusammenzustellen, wie dies zum Beispiel in Bremen gut gelöst ist.

Implementierung von zielgruppenspezifischen Suchfunktionalitäten

Anhand der genannten und weiterer Themen hat die Autorin bereits an anderer Stelle das Qualitätskriterium Geschlechtersensitivität für öffentliche Internetportale entwickelt.³⁵ Die Geschlechtersensitivität von Informationen wird nach diesem Ansatz anhand von zwei Dimensionen überprüft. Es wird erstens wie im vorherigen Abschnitt nach der Existenz und Breite von Informationen gefragt, die für die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen von besonderem Interesse sind. Zweitens wird untersucht, ob solche frauenrelevanten Angebote im Netz auch gefunden werden bzw. ob vorhandene Informationen eine Differenzierung nach Geschlecht zulassen. Diese Differenzierung lässt sich anschaulich an Ärzte-Datenbanken verdeutlichen. Oft ist es nicht möglich, nach Ärztinnen zu suchen, obwohl nicht wenige Frauen bei ihrer Arztwahl explizit eine Ärztin bevorzugen. Dieses Problem ist – wie der Bremer Ärztenavigator zeigt – technisch einfach zu lösen; die Differenzierung muss jedoch als Anforderung mitgedacht werden.

Wie wichtig genderbewusste Suchstrategien sind, lässt sich auch am Thema Weiterbildung veranschaulichen. Ähnlich wie in Berlin und Hamburg hat auch Bremen eine Weiterbildungsdatenbank (www.bremen.de/weiterbildung), in der es möglich ist, nach Zielgruppen zu suchen. Auffallend in Bremen ist der Tatbestand, dass die Zielgruppe „nur Frauen“, damit sind Frauenseminare gemeint, auch weiter einschränkbar ist. So kann zum Beispiel nach Angeboten für „Berufsrückkehrerinnen“ gesucht werden. Aber auch die Suche nach „nur Männer“ ist möglich. Auch wenn zurzeit kein reines Männerseminar gefunden wird, ist dies dennoch eine wichtige Funktion. Damit wird darauf verwiesen, dass nicht Frauen der Sonderfall sind, sondern ebenso manche Männer für bestimmte Themen ein Männerseminar einem gemischtgeschlechtlichen Seminar vorziehen.

Ebenfalls wichtig, jedoch noch nicht häufig realisiert, ist die Möglichkeit, eine Veranstaltung mit Kinderbetreuung zu suchen. Auch wenn beim Ankreuzen dieses Buttons die Trefferquote oft gegen Null geht, verweist dieser Button doch auf ein nicht zu vernachlässigendes gesellschaftliches Problem: dass die vielen Familienfrauen ebenso wie die wenigen Familienmänner große Schwierigkeiten mit der geforderten Weiterbildung haben, solange eine von der Gemeinschaft getragene und finanzierte Kinderbetreuung nicht umfassend realisiert wird.

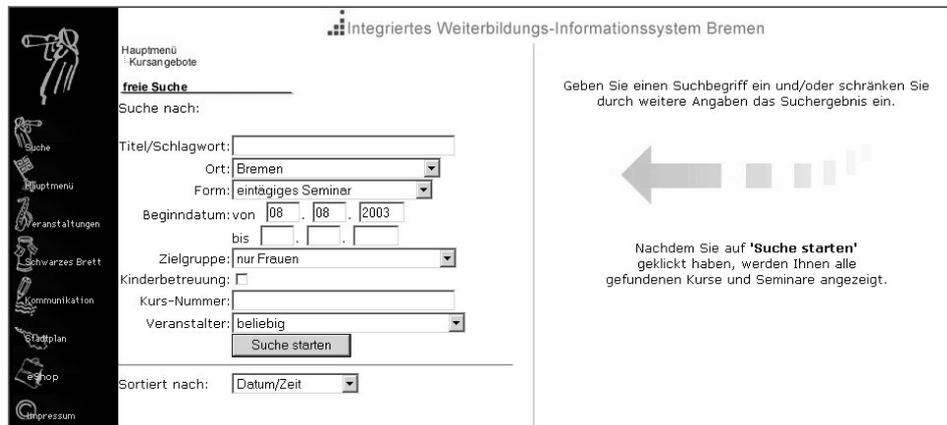


Abb. 5: Weiterbildungs-Informationssystem Bremen mit zielgruppenbezogener Suche (www.bremen.de/weiterbildung → „Kursangebote“ → „freie Suche“)

Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen in den Gestaltungsprozess

In den allermeisten Städten und Gemeinden ist die Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen bei der Entwicklung von E-Government-Projekten noch sehr unterentwickelt. Deswegen ist es jetzt wichtig, bei der Benennung und Umsetzung von E-Government-Zielsetzungen den Prozesscharakter ernst zu nehmen und in jeder Phase die Betroffenen zu integrieren, aus deren Blickwinkel Informations- und Interaktionsangebote erstellt werden sollen. Es erscheint sinnvoll, Betroffene und Interessierte in das E-Government-Projektteam zu integrieren. Sie sollten regelmäßig die E-Government-Prozesse begleiten und möglichst direkt mit den Entwicklern und Entwicklerinnen von Internetportalen in einen Austausch treten. Dieser aktive Einbezug engagierter Bürger und Bürgerinnen erfordert jedoch gleichzeitig, dass politische Entscheidungen nicht mehr alleine von Akteuren und Akteurinnen aus Politik und Verwaltung gefällt werden, sondern aus einer sachorientierten Diskussion von Beteiligten, Betroffenen und Interessierten hervorgehen.

Auch regelmäßige allgemeine Bürgerbefragungen sind bislang nicht üblich; müssten jedoch selbstverständlich werden. Erste eigene Untersuchungen mit aufgezeichnetem Benutzungsverhalten zeigen, mit welcher unterschiedlichen Intentionen auf einzelnen Websites gesurft wird und wie unterschiedlich die Such- und Navigationsstrategien von Nutzern und Nutzerinnen sind. Mit dem Feedback möglichst unterschiedlicher Nutzungsgruppen können E-Government-Angebote optimiert werden. Eine regelmäßige Evaluation der bestehenden elektronischen Angebote würde direkt ihrer Qualität zugute kommen.

Auch im technischen Systementwurf lassen sich noch neue Lösungen finden, die zur Partizipation anregen. So sollte es zum Beispiel im kommunalen Internetportal für Bürger und Bürgerinnen möglich sein, zu den jeweiligen kommunalen Angeboten auch Mitteilungen oder Kommentare zu verfassen, die einen subjektivi-

ven Eindruck zum Beispiel zur Dienstleistungsqualität einer Organisation ausdrücken und für andere Nutzer und Nutzerinnen interessant sein können. Kommentare oder Mitteilungen können – müssen aber nicht – Kristallisationspunkt sozialer Interaktion sein.³⁶ Auch lassen sich daraus kontextgebundene Foren entwickeln. Erfahrungen zeigen, dass gerade über die im Alltag geführten Gespräche, zum Beispiel über die Betreuung in einer Krabbel- oder Hortgruppe, zugleich immer auch allgemeine gesellschaftliche Fragen wie die nach einer zeitgemäßen Betreuung und Ausbildung der Kinder angesprochen und diskutierbar werden.³⁷ Konkrete individuelle Meinungsäußerungen können auf diese Art grundsätzliche Diskurse evozieren, in denen Gesellschaftsvorstellungen und Identitäten entworfen werden.

Themenbezogene Diskussionsforen sollten allerdings sowohl online als auch offline angeboten und von erfahrenen Moderatoren und Moderatorinnen genderbewusst geleitet werden, damit sich auch Bürger und Bürgerinnen, die das Internet nicht nutzen, einbringen können. Auch gilt es sicherzustellen, dass die Ergebnisse von den politisch Verantwortlichen zur Kenntnis genommen werden. Darüber hinaus sind Zukunftswerkstätten und Open-Space-Veranstaltungen denkbar, um auch zukunftsweisenden Phantasien einen Raum zu geben.

Fazit

Es besteht ein erheblicher Gestaltungsbedarf, wenn die neuen Öffentlichkeiten im Netz nicht wieder nur als die alten hegemonialen Öffentlichkeiten reproduziert werden, sondern den Grundwerten der demokratischen Ordnung entsprechen sollen. Aufgabe ist es also, durch vielfältige Online-Angebote die Verwaltungsstrukturen nicht nur effektiver, sondern auch transparenter zu gestalten. Nur wenn attraktive und vielfältige Informationen, die für das alltägliche Leben von Belang sind, zur Verfügung stehen, eröffnen sich daraus für Bürger und Bürgerinnen tatsächliche neue Partizipationsmöglichkeiten und Chancen für eine diskursive Demokratie. Eine solche Vitalisierung des öffentlichen Raums im Internet kann auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie, also zur Herstellung demokratischer Verhältnisse zwischen Frauen und Männern sein.

Dafür müssen verschiedene Gruppen von Bürgern und Bürgerinnen in den Blick genommen und die Angebote deutlich auf unterschiedliche Zielgruppen mit ihren vielfältigen Interessen zugeschnitten werden. Damit in diesem Prozess auch Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern aufgebrochen werden, müssen die Geschlechterverhältnisse von Grund auf mitgedacht und Gleichstellung als Ziel möglichst bereits im Systementwurf aufgenommen werden.

Bis dies geschieht, ist es allerdings noch ein weiter Weg. Zunächst werden wir in nächster Zeit damit rechnen müssen, dass Gender Mainstreaming zwar benannt, aber nur als Worthülse mitgeführt wird, ohne dass daraus inhaltliche Konsequenzen gezogen werden. Um diese zu erwartenden Lippenbekenntnisse positiv zu wenden, bietet es sich an, konkrete Gender-Prüfsteine zu entwickeln, mit denen sich die Verantwortlichen konkret auseinander setzen müssen. Zur Umsetzung der sich daraus ergebenden genderrelevanten Ziele müssen die entsprechenden finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, zum Beispiel in Form eines gesondert ausgewie-

senen Budgets in der Größenordnung von 5-10 Prozent des Gesamtbudgets. Gerade bei öffentlich geförderten Projekten besteht die Chance, dies über politischen Druck auch durchzusetzen.

Ein großer Vorteil des neuen Mediums schlägt bei der zukünftigen Weiterentwicklung der öffentlichen Internetportalen positiv zu Buche: Die E-Government-Portale sind einsehbar. Interessierte Bürger und Bürgerinnen können nachvollziehen und bewerten, wie weit gehend Kommunen gendersensitiv handeln. Durch die kritische Begleitung von Bürgern und Bürgerinnen kann es gelingen, die Qualität der E-Government-Angebote zu verbessern. Wenn über neue zielgruppenspezifische Angebote unterschiedlichste Gruppen angesprochen werden, kann sich mit der Zeit ein Interesse von Bürgern und Bürgerinnen entwickeln, sich mit ihren Vorschlägen und Ideen auch über das Internet an einer demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse zu beteiligen. Erst wenn dies erreicht ist, werden öffentliche Räume in kommunalen E-Government-Portalen einen relevanten Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft allgemein und zur Geschlechterdemokratie im Besonderen leisten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Klaus Plake/Daniel Jansen/Birgit Schuhmacher: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung. Opladen: Westdeutscher Verlag 2001.
- 2 Vgl. Jörn von Lucke: Electronic Government. Regieren und Verwalten im Informationszeitalter. Forschungsbericht, 2002, abrufbar unter <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/bericht.htm>.
- 3 Vgl. Hermann Hill: Electronic Government. Strategie zur Modernisierung von Staat und Verwaltung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2002, abrufbar unter http://www.bpb.de/publikationen/96DF1L,0,0,Electronic_Government.html.
- 4 Vgl. u.a. Klaus Kamps (Hg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag 1999 oder Claus Leggewie/Christa Maar (Hg.): Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln: Bollmann 1998.
- 5 Eine Studie der Bertelsmann Stiftung fordert ein „Balanced E-Government“ ein, das sich ausgewogen aus den beiden Säulen E-Administration und E-Democracy zusammensetzt. Vgl. Bertelsmann-Stiftung (Hg.): Balanced E-Government. Elektronisches Regieren zwischen administrativer Effizienz und bürgernaher Demokratie. Gütersloh 2002, abrufbar unter <http://www.begix.de>.
- 6 Vgl. u.a. Initiative D21 (Hg.): E-Town 2002. Deutschlands digitale Hauptstädte. Berlin 2002, S.19, abrufbar unter http://www.initiaved21.de/druck/news/publikationen2002/doc/25_1053502717.pdf.
- 7 TNS Emnid/Initiative D21 (Hg.): (N)Onliner Atlas 2002. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. Juni 2002, S.59, abrufbar unter <http://www.nonliner-atlas.de>.
- 8 Vgl. Bernhard Bubeck: Politische Partizipation via Internet – Angebote baden-württembergischer Städte, in: TA-Informationen 1/2003, S. 30-33.
- 9 Vgl. Max von Bismarck/Daniel Dettling/Tino Schuppan: E-Governance in der Wissensgesellschaft, in: Alexander Siedschlag/Alexander Bilgeri (Hg.): Kursbuch Internet und Politik. Band 2/2002. Opladen: Leske + Budrich 2003, S. 23-37.
- 10 Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1990; kritisch dazu Alexander Roesler: Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit, in: Stefan Münker/ders. (Hg.): Mythos Internet. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1997, S. 171-192.
- 11 Vgl. u.a. Oskar Negt/Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. 5. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1977.
- 12 Nancy Fraser: Der Kampf um die Bedürfnisse: Entwurf für eine sozialistisch-feministische kritische Theorie der politischen Kultur im Spätkapitalismus, in: Nancy Fraser (Hg.): Widerpenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1994, S. 249-291.

- 13 Gabriele Winker/Gabriele Preiß: Unterstützung des Frauen-Alltags per Mausclick? Zum Potenzial elektronischer Stadtinformationssysteme, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 1+2/2000, S. 49-80, abrufbar unter <http://www.tu-harburg.de/agentec/winker>.
- 14 Rechtlich verbindlich ist diese europäische Strategie seit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags im Jahre 1999.
- 15 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI): E-Government-Handbuch, Bonn 2002, abrufbar unter <http://www.e-government-handbuch.de>.
- 16 Willi Kaczorowski u.a.: eGovernment in den Bundesländern – Sachstand und Perspektiven. Hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2003, abrufbar unter <http://www.fes.de>.
- 17 Helmut Drüke: E-Government in Deutschland – Profile des virtuellen Rathauses. Arbeitspapiere aus der Begleitforschung zum Städtewettbewerb Multimedia Media@Komm 8/2003, abrufbar unter <http://www.mediakomm.net/documents/arbeitspapier.8.2003.pdf>.
- 18 Eberhard Heuel/Lars Terbeck: Kommunales E-Government in der Praxis – Das Virtuelle Rathaus der Stadt Hagen, in: Alexander Siedschlag/Alexander Bilgeri (Hg.): Kursbuch Internet und Politik. Band 2/2002. Opladen: Leske + Budrich 2003, S. 39-57.
- 19 In der in Anm.17 genannten Expertise, die von der Begleitforschung von Media@Komm angefertigt wurde, wird zwar akribisch genau aufgezeigt, wie viele Arbeitsplätze in Voll- und Teilzeit im Rahmen von E-Government in den entsprechenden Stadtverwaltungen geschaffen worden sind; diese Untersuchung stellt aber keinerlei geschlechtsspezifische Aufschlüsselung bereit.
- 20 Vgl. Gabriele Winker: Büro – Computer – Geschlechterhierarchie. Opladen: Leske + Budrich 1995, S. 111ff.
- 21 Sigrid Metz-Göckel u.a.: Auf die Probe gestellt: Gender Mainstreaming bei der Einführung digitaler Medien in der Hochschullehre, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, 4/2002, S. 28.
- 22 Angelika Wetterer: Strategien rhetorischer Modernisierung. Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien 3/2002, S. 129-148.
- 23 Nancy Fraser: Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie, in: Elvira Scheich (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschaft- und Gesellschaftstheorie. Hamburg: Hamburger Edition 1996, S. 151-182.
- 24 Ebd., S. 164f.
- 25 Vgl. <http://www.frauenbewegung-online.de>.
- 26 TNS Emnid/Initiative D21 (Hg.): (N)Onliner Atlas 2003. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. Juni 2003.
- 27 Vgl. auch die Untersuchung von w3b (<http://www.w3b.de>), die 2002 zum ersten Mal ein Abfallen des Frauenanteils im Internet gegenüber dem Vorjahr ausweist.
- 28 Frauen geben Technik neue Impulse e.V./TNS Emnid/Initiative D21 (Hg.): (N)Onliner Atlas 2002. Gender-Mainstreaming-Sonderauswertung. Internetnutzung von Frauen und Männern in Deutschland.
- 29 Allerdings verweisen weitere Ergebnisse darauf, dass Frauen auch im Beruf deutlicher seltener das Internet nutzen als Männer. Ca. 30 Prozent der Frauen, aber nur 21 Prozent der Männer, die grundsätzlich online sind, benutzen beruflich das Internet gar nicht, vgl. Fittkau & Maaß: WWW-Benutzer-Analyse: Frauen im Internet. Hamburg 2001, S. 84.
- 30 Vgl. http://www.lds.nrw.de/aktuelles/pressemitteilungen/2003/pres_027_03.html.
- 31 Vgl. <http://www.frauen-ans-netz.de>.
- 32 Statistisches Bundesamt (Hg.): Informationstechnologie in Haushalten. Ergebnisse einer Pilotstudie für das Jahr 2002, Wiesbaden 2003, S. 14, abrufbar unter http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/iuk_privat.pdf.
- 33 Initiative D21 (Hg.): E-Town 2002. Deutschlands digitale Hauptstädte, Berlin 2002, S. 31f., abrufbar unter <http://www.initiative21.de>.
- 34 Ebd., S. 30f.
- 35 Siehe Anm. 13.

- 36 Vgl. Wolfgang Taube: *Qualitativ hochwertige Stadtinformationssysteme. Zur Strukturierung des Informationsraumes*. Aachen: Shaker 1998, S. 86f.
- 37 Vgl. Elisabeth Klaus: *Das Öffentliche im Privaten – Das Private im Öffentlichen. Ein kommunikationstheoretischer Ansatz*, in: Friederike Herrmann/Margret Lünenborg (Hg.): *Tabubruch als Programm. Privates und Intimes in den Medien*. Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 15-35.